

01.07.2014

## Kleine Anfrage 2423

des Abgeordneten André Kuper CDU

### **Zwingt die kommunale Finanzkrise die nordrhein-westfälischen Kommunen zur Flucht an den Kapitalmarkt?**

Nach Informationen von *tagesschau.de* gab die Stadt Offenbach am 20.06.2014 die Emission eines 140 Millionen Euro schweren "Schuldscheindarlehnens" bekannt. Es ist die bislang größte derartige Transaktion einer Einzelkommune. Und neu an dem Schuldscheindarlehen sei, dass unter den Zeichnern des Papiers sich keine einzige Bank finde, sondern ausschließlich Versicherer. Damit will die Stadt einen großen Teil ihrer 600 Millionen Euro schweren Kassenkredite ablösen. Die Laufzeit liegt bei 10 Jahren, das Papier ist endfällig. Das Motiv hinter der Platzierung ist Absicherung. Dabei geht es zum einen um das Kommunalkreditangebot und zum anderen um die Zinsentwicklung. Diskussionen um Bankenregulierung, Basel III und um eine mögliche Eigenkapitalunterlegungspflicht für öffentliche Schulden würden sich nach Angaben des Kämmerers der Stadt Offenbach in Form eines rückläufigen Kreditangebots bemerkbar machen. Selbst die eigene Sparkasse der Stadt würde nur noch in einem bestimmten Umfang Kredit geben. Im Kassenkreditbereich gebe es für die Stadt derzeit keine Kredite mit 10-jähriger Laufzeit.

Noch finden finanzschwache Kommunen genügend Banken, die Kommunalkredite vergeben. Doch die Anbieter, so wird aus Kommunen berichtet, werden weniger: Vor ein paar Jahren lägen mindestens zehn Angebote vor, wenn Kommunen einen Kredit brauchten. Inzwischen seien es nur noch drei oder vier. Immer mehr deutsche Städte begeben sich darum auf die Suche nach alternativen Finanzierungsquellen. Sie fliehen an den Kapitalmarkt. Als Vorreiter gilt die Stadt Würzburg, die 2013 gemeinsam mit Nürnberg eine 100 Millionen Euro schwere Anleihe emittierte. Im Februar dieses Jahres folgten die NRW-Städte Dortmund, Essen, Herne, Remscheid, Solingen und Wuppertal. Ihre sogenannte Ruhr-Anleihe, an den Markt gebracht mithilfe globaler Investmentbanken wie HSBC, spülte insgesamt 400 Millionen Euro in die Kassen.

In Wirklichkeit aber verberge sich, so „tagesschau.de“ hinter der Entwicklung ein Paradigmenwechsel. Die Öffnung deutscher Städte für den Kapitalmarkt sei eine Folge der Finanzkrise. Da ist zum einen die Griechenland-Pleite, die vielen Bankern erstmals bewusst machte, dass auch öffentliche Schuldner ausfallen können. Die kommunale Finanznot vor allem in Nordrhein-Westfalen erscheine seitdem in neuem Licht. "Das sind Signale, die sie

Datum des Originals: 27.06.2014/Ausgegeben: 02.07.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

als Risikomanager einer Bank nicht ignorieren können", erklärte der Kommunalfinanzierungschef einer deutschen Großbank gegenüber „tagesschau.de“.

Hinzu kommt, dass klassische Kommunalfinanzierer wie die WestLB oder die Dexia im Zuge der Krise verschwunden sind. Andere Institute wie die Commerzbank haben sich entschieden, kein Neugeschäft mehr mit Kommunen zu machen - was wiederum mit der Regulierung ("Basel III") zu tun hat: Bislang brauchten Banken für kommunale Kredite keinerlei Eigenkapital zu investieren. Das heißt, sie liehen sich selber Geld (zum Beispiel Spareinlagen) und gaben dieses zu einem leicht höheren Zins an die Kommunen weiter.

Die einst lukrative Städtefinanzierung verliert aus Sicht der Banken damit an Attraktivität. Denn ihr knappes Eigenkapital stecken die Institute lieber in höhermargige Geschäfte, etwa ins Investmentbanking oder in die Unternehmensfinanzierung. Das Kommunalgeschäft verbleibt deshalb zusehends bei staatlichen Banken wie der KfW und an den Sparkassen. Kommunale Anleihen und Schuldscheine seien für die Kommunen und die Versicherer eine Alternative. Die Kommunen benötigen aufgrund ihrer kritischen Finanzlage und ihrer enormen Verschuldung Finanzierungsmöglichkeiten. Für die Versicherer bieten Kommunen, trotz der vielerorts hohen Schulden, als relativ ausfallsicher - zahlen aber höhere Zinsen als der Bund.

Unwägbarkeiten blieben aber auch bei der Kapitalmarktfinanzierung der Kommunen trotzdem. In der Eurokrise habe sich gezeigt, was passieren könne, wenn Investoren ihr Vertrauen verlieren: Für Anleihen südeuropäischer Staaten wurden plötzlich viel höhere Renditen verlangt als für deutsche Bundesanleihen. Ein ähnlicher "Spread" könnte sich theoretisch auch zwischen finanziell gesunden Städten wie München und hochverschuldeten Kommunen wie Essen auf tun. Verstärkt sei dieser Effekt in der Eurokrise durch die Ratingagenturen worden, die Ländern wie Griechenland 2010 relativ unvermittelt die Bonität absprachen. Eine der drei großen US-Agenturen, Fitch nämlich, verfolge nach Informationen von *tagesschau.de* konkrete Pläne, bald auch deutsche Kommunen zu bewerten. Ähnliches hat die Ratingtochter der Neusser Auskunftsei Creditreform vor.

Die Folge eines „Kommunalratings wäre, dass die großen Investoren dazu übergehen könnten, nur noch solchen Städten billig Geld zu leihen, die über eine gute Bonitätsnote verfügen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den grundsätzlichen Trend der Kommunen, die Finanzierung weniger über Kredit, sondern über Anleihen und Schuldscheindarlehen zu sichern?
2. Welche Risiken sieht die Landesregierung bei dieser Entwicklung?
3. Wie bewertet die Landesregierung das Risiko von Kommunalratings, wenn Kommunen immer mehr auf den Kapitalmarkt zur Finanzierung drängen?
4. Welches Risiko sieht die Landesregierung für die Kommunalfinanzierung, wenn Ratingagenturen ihre angekündigten Pläne zu Kommunalratings wahr werden lassen?

5. Sieht die Landesregierung angesichts der geschilderten Entwicklung irgendeinen Handlungsbedarf?

André Kuper